

Bankiers spüren den Merz

Noch kaum je haben sich Unternehmensvertreter und Bankiers so offen über die Wahl neuer Bundesräte geäußert. Marcel Ospel von der USB bekräftigte wiederholt, wie mit Blocher und Merz der Schweizer Finanzplatz verteidigt werden könne. Prompt wurde in der neuen Bundesversammlung ein Antrag verabschiedet, das Bankgeheimnis in die Verfassung aufzunehmen. Über den Versuch, damit die Seele der Nation zu rekonstruieren, schreibt Josef Lang auf Seite 2.

Zum Chlauptag kam Ende Januar ein verspätetes Weihnachtsgeschenk. Der OECD-Fiskalausschuss strich Ende Januar die Schweiz von der Liste der schädlichen Steuerregimes. Dank eines faulen Kompromisses. Die Schweiz hat mit Zugeständnissen erreicht, dass sie ihre Steuergesetzgebung nicht ändern muss. Und es sind nur die OECD-Länder, die die Informationspflicht der Schweizer Behörden beanspruchen können, nicht aber beispielsweise Entwicklungsländer.

Doch das angeblich so heroisch verteidigte Bankgeheimnis wird faktisch von den mächtigen OECD-Staaten weiter ausgehöhlt. Die Schweiz musste sich zu einem Informationsaustausch über Holdings bereit erklären. Auch muss sie die international gültigen Regeln bezüglich Transferpricing (Über- und Unterfakturierung) beispielsweise gegenüber Handelsgesellschaften einhalten. Transferpricing stellt eine der gängigsten Steuerflucht-Praktiken der Konzerne dar. Der OECD-Fiskalausschuss beabsichtigt zudem, die Steuerflucht-Beihilfe von Finanz- und Leasinggesellschaften der Schweiz näher zu analysieren.

Der Druck auf das Steuerflucht-Paradies Schweiz wird also weitergehen. Den Grossbanken ist das bewusst. Sie werden noch ein paar Jahre lang die Extraprofite einstreichen, bereiten sich allerdings schon längst auf Szenarien ohne solchen Standortvorteil vor. Die Privatbanken werden dagegen härter getroffen werden. In einzelnen Kantonen wird es zum Abbau von Arbeitsplätzen kommen. Die Finanzplatz-Patrioten versuchen, solche Interessenskonflikte zu verwischen.

Stefan Howald